Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 24 (1932)

Heft: 12

Rubrik: Tagesfragen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE
RUNDSCHAU
FÜR DIE SCHWEIZ

Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Beilage „Bildungsarbeit", Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale

No. 12 Dezember 1932 24. Jahrgang

Tagesfragen.

Der Kampf beginnt. Der Kampf für die Krisenforderungen der Gewerkschaften wird nun auf dem breiten Boden der demokratischen Volksrechte ausgekämpft werden, und zwar wird er eröffnet mit der Unterschriftensammlung für die Krisensteuerinitiative. Das ist die dringendste Aufgabe: die Finanzmittel zu beschaffen, um den Arbeitslosen ausreichende Hilfe zu bringen. Der Bundesrat hat die Forderungen der Arbeitnehmerverbände einfach ignoriert. Was die Arbeiterschaft verlangt, ist für ihn Luft. Nun mögen die Arbeiter, Angestellten und Beamten selbst die richtige Antwort geben, indem sie die Initiative hunderttausendfach unterzeichnen. Die Arbeiterschaft hat nun das Wort.

*

Währenddem der Bundesrat nicht das geringste unternommen hat, um den Forderungen der Arbeitnehmer zu entsprechen, hat er alles getan, um die Durchführung des Lohnabbauprogramms der Unternehmer zu fördern. Diesem Zwecke diente offensichtlich auch die schweizerische Wirtschaftskonferenz, die auf Mitte November einberufen wurde. Alle entscheidenden Fragen der Wirtschaftspolitik, wie Preisabbau, Lohnabbau, Unterstützungsabbau sind vom Bundesrat allein erledigt worden; dazu hielten sich die sieben Bundesräte für kompetent. Aber für die Prüfung der ganz untergeordneten Fragen, ob und wie die Fleischpreise, die Baukosten usw. zu senken seien, dazu hielt es der Bundesrat für notwendig, ein ganzes Wirtschaftsparlament einzuladen, bestehend aus über 30 Vertretern von Wirtschaftsverbänden und dazu noch einigen Dutzend Mitgliedern der vorher eingesetzten Preiskommissionen. Die Konferenz war genau das, was wir an dieser Stelle vorausgesagt haben: ein grosser Bluff, den Herr Musy braucht zur Unterstützung seiner Lohnsenkungsaktion.

*

Die Berichte der vier Preiskommissionen enthalten gewiss in einzelnen Teilen ganz interessantes Material. Aber als eigentliche Untersuchungsberichte sind sie ohne grossen Wert. Sie zeigen im Gegenteil deutlich, wie man es nicht machen soll. (Der Bundesrat und das Volkswirtschaftsdepartement haben freilich gewusst, warum sie es so machten; sie wollten ja gar keine positiven Untersuchungsergebnisse. Nur so konnte Herr Schulthess am Schluss erklären, das beste sei immer noch seine eigene Politik; denn es habe ihm niemand etwas Besseres zeigen können.) Die Kommissionen waren, das darf man wohl behaupten, ohne den Kommissionsmitgliedern zu nahe zu treten, unzweckmässig zusammengesetzt. Sie waren zu gross. Sie enthielten wohl teilweise Fachleute, aber solche, die sich als reine Interessentenvertreter fühlten, die keine fachtechnische Auskunft gaben, sondern eher verhinderten, dass ins fachtechnische Gebiet gründlich eingedrungen wurde. Dann war auch viel zu wenig Zeit. Wenn z. B. ein Bericht über die Mietzinse in einem 16köpfigen Kollegium in drei oder vier Sitzungen erledigt werden soll, so kann mit Sicherheit vorausgesagt werden, dass nichts anderes herauskommen kann als sehr unbestimmte Angaben, die immer wieder durch eine Einschränkung entwertet werden. Man hätte mehr erreicht, wenn man die bereits erschienenen Berichte der Preisbildungskommission richtig verwertet und im übrigen dieser Kommission mehr Kompetenzen und für gewisse Fälle auch mehr Rückgrat gegeben hätte, um weitere brennende Preisfragen zu studieren.

*

Trotzdem für die Vertreter der Arbeiterschaft von vornherein feststand, dass die Wirtschaftskonferenz nichts Positives bringen könne, haben sie ihre Aufgabe ernst genommen. In den Kommissionen ist mit allem Nachdruck verlangt worden, dass gesetzliche Massnahmen gegen offenkundigen Preiswucher, wie er vielerorts noch bei den Mietpreisen und besonders auch bei kartellgebundenen Preisen vorkommt, getroffen werden sollen, aber als dauernde Massnahmen, um auch in Zukunft die Konsumenten vor überhöhten Preisen zu schützen und nicht als Massnahme der Krisenbekämpfung bzw. als Lockvogel für den Lohnabbau. Alle diese Vorschläge sind abgelehnt worden, gerade von jener Seite, die den Abbau verlangen, wobei sie aber eben den Abbau der Löhne meinen und nicht den des Profits. Dass die Arbeitervertreter in den Kommissionen wie an der Konferenz scharf Stellung genommen haben gegen den wirtschaftspolitisch so unsinnigen Lohnabbau, versteht sich von selbst. Der Wirtschaftskonferenz sind seitens der Arbeiterschaft folgende Forderungen unterbreitet worden:

1. Die bereits bestehenden Fachkommissionen (wie Preisbildungs- und Konjunkturkommission) sollen wenn nötig erweitert und mit den erforderlichen Kompetenzen ausgerüstet

werden, um eine dauernde Beobachtung und Durchleuchtung unserer Wirtschaft zu ermöglichen.

2. Es sei eine Wirtschaftskommission (andere haben von einem kleinen Wirtschaftsrat gesprochen) einzusetzen aus Vertretern der Wirtschaftsverbände, damit sich diese über die allgemeinen Fragen der Wirtschaftspolitik aussprechen können. Diese Wirtschaftskommission hätte den Fachkommissionen die Aufgaben zu stellen und mitzuteilen, welche Fragen in erster Linie zu untersuchen seien, und sie hätte vor allem nachher für die Auswertung des Materials im Interesse der Volkswirtschaft zu sorgen. Denn was nützen heute die schönsten Berichte über Preisfragen oder andere Probleme, wenn gar nichts geschieht, um ihre Schlussfolgerungen auch auszunützen?

3. Diese Wirtschaftskommission hätte, unter Mitwirkung von Staat und Wirtschaftsverbänden, auch Massnahmen zu treffen für eine dauernde Konjunkturpolitik und einen rationellen Ausbau des Wirtschaftskörpers. In Zeiten der Krise müsste alles getan werden, um vor allem durch öffentliche Arbeitsbeschaffung die einheimische Wirtschaft gegen die schwersten Krisenfolgen zu schützen. Es entspricht das den Begehren, die der Schweiz. Gewerkschaftsbund schon vor Jahren dem Bundesrat unterbreitet hat.

*

Der Zusammenbruch der Industrie sei nahe, glaubte der Glarner Grossindustrielle Kaspar Jenny prophezeien zu müssen, um seiner Forderung nach radikalem Lohnabbau den nötigen Nachdruck zu verleihen. Er musste sich von seinem Kollegen Dr. Wetter, dem Delegierten des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, sagen lassen, dass die Lage bei weitem nicht so pessimistisch zu beurteilen ist. Wir verweisen übrigens auch auf die in diesem Heft kommentierten Industrieberichte, die mit Ausnahme des Baugewerbes und der verwandten Wirtschaftszweige keine nennenswerte Verschlechterung der Situation erwarten lassen. Für den Kriseneinbruch im Baugewerbe ist ja in erster Linie die Politik der Unternehmer und des Bundesrates verantwortlich zu machen. Wenn nicht von dieser Seite die Abbaupolitik mit allem Nachdruck betrieben würde, so könnte die Wirtschaftslage der Schweiz sogar als relativ günstig bezeichnet werden. Jedenfalls sind die Unkenrufe nicht gerechtfertigt. Ihr Zweck ist ja auch allzu durchsichtig, als dass sie grossen Eindruck machen könnten. Bemerkenswert ist auch, dass die Herren Lohnabbauer zur Förderung ihres Handwerks nicht davor zurückschrecken, mit der Abwertung der Währung oder gar der Inflation zu spielen.

*

Es ist Tatsache, dass der Schweizer Franken in letzter Zeit diskutiert wird. Von gewissen Seiten, die am Wohlergehen

der schweizerischen Wirtschaft jedenfalls nicht sonderlich interessiert sind, wird eine systematische Hetze gegen die schweizerische Währung in Szene gesetzt. Es sind das zum Teil dieselben Krisenhyänen, die im September 1931 die Panik gegenüber England gefördert haben, die nachher den Angriff auf den Dollar und zeitweise auch den Franzosenfranken gerichtet haben; das ist die internationale Baissespekulation. Es sind daneben andere Kreise, wie die deutsche Handelspresse, die glaubt, eine Gefährdung des Schweizer Frankens veranlasse das deutsche Fluchtkapital, in die Heimat zurückzukehren. Eine Rückkehr des ausländischen Fluchtkapitals in der Schweiz wird ja eintreten müssen, sobald die abnormalen Verhältnisse verschwinden, und die Schweiz hat zu allerletzt ein Interesse, diesen Gesundungsprozess aufzuhalten. Allein der Patriotismus des Fluchtkapitals wird einzig und allein durch eine Sanierung der eigenen Wirtschaft geweckt und nicht durch eine Attacke auf eine ausländische Währung, die höchstens zur Flucht in ein anderes Land veranlasst.

Eine ernsthafte Gefährdung der schweizerischen Währung besteht zweifellos heute nicht. Die Liquidität der Nationalbank wie der meisten grossen Bankinstitute dürfte genügen, um auch einem starken Ansturm gewachsen zu sein. Allein die ganze Miesmacherei, erfolge sie nun aus allzu durchsichtigen Gründen vom Ausland her oder werde sie im Inland unterstützt, kann gar nicht anders als krisenverschärfend wirken. Ob das die Absicht der Lohnabbauer ist? Die Abbaupolitik selbst hat übrigens die gleiche Wirkung, und Bundesrat Musy wird noch die Erfahrung machen, dass gerade seine Abbauparole dem Angriff auf den von ihm sonst so behüteten Schweizer Franken den grössten Vorschub leistet.

Die Arbeiterschaft hat keinerlei Anlass, diese Stimmungsmache irgendwie zu unterstützen, und wir hoffen, dass auch die gesamte Arbeiterpresse es ablehnen wird, solche Tendenzmeldungen, die nur krisenverschärfend wirken können, zu verbreiten. Die Arbeiterklasse muss auch dem wirtschaftspolitischen Defaitismus den Kampf ansagen. Die Wirtschaft der Schweiz ist in der Lage, der Krise standzuhalten. Sie wird das um so besser tun können, wenn man den Mut hat, mit grosszügiger Bekämpfung der Krisenfolgen einzugreifen.